



Prof. Dr. Bernd Fabritius
Beauftragter der Bundesregierung
für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten
Alt-Moabit 140

10557 Berlin

10. April 2019

OFFENER BRIEF

Sehr geehrter Herr Prof. Dr. Fabritius,

es wundert uns sehr, dass Sie als Beauftragter der Bundesregierung für Aussiedlerfragen es nicht wichtig genug fanden, Vertreter des Volksrates der Russlanddeutschen in Deutschland zu einem erbetenen Gespräch zu empfangen. Und das nach zwei offiziellen schriftlichen Anfragen seitens des Volksrates vom 28.07.2018 und 18.01.2019.

In diesem Zusammenhang erinnern wir Sie und gleichzeitig die Öffentlichkeit an die Tatsache, dass der oben genannte Volksrat am 29.04.2018 von dem Bundeskongress der Russlanddeutschen in Berlin gewählt wurde und somit ein legitimes Vertretungsorgan darstellt. Zu dieser Gründungsversammlung waren Sie ebenfalls eingeladen, haben aber weder an der Veranstaltung teilgenommen noch unser Einladungsschreiben in irgendeiner sonst üblichen Form beantwortet.

Mit dem Brief des Volksrates vom 28.07.2018 baten wir Sie um einen Treffen. Wir wollten Ihnen im direkten Gespräch über die Ergebnisse des Kongresses berichten, die Arbeit des Volksrates im Allgemeinen vorstellen und bei einzelnen Projekten um Ihre Unterstützung bitten. Aber in Ihrem Brief von 27.08.2018 versagten Sie dem Volksrat das gewünschte Treffen mit der Begründung, dass er als neue Interessenvertretung der Russlanddeutschen erst einmal irgendwelche Leistungen zeigen solle. Danach wären Sie bereit, mit uns zu sprechen.

Obwohl für uns Ihre Argumentation schon damals schwer nachzuvollziehen war, nahmen wir das alles hin, krepelten die Ärmel hoch und setzten unsere Arbeit fort.

Am 18.01.2019 schrieb der Volksrat den Beauftragten für Aussiedlerfragen erneut wegen eines Gespräches an. Dabei nannten wir auch einige konkrete Leistungen, die wir im vorigen Jahr erreichten. Zum Beispiel berichteten wir über die aufschlussreiche soziologische Umfrage zur Rente unter den Aussiedlern, die der Volksrat initiiert und durchgeführt hatte. Die wissenschaftlichen Ergebnisse dieser Umfrage zeigen deutlich wie negativ die Politik der etablierten Parteien bei der großen Mehrheit der Russlanddeutschen ankommt. Das sollte doch Ihnen, sehr geehrter Beauftragter für Aussiedlerfragen, große Sorgen machen.

Aber auch diesmal bekamen wir, nun durch Ihren Referenten, Herrn Dr. Klappert, eine Absage mit derselben Begründung, wie schon im August des vorigen Jahres.

Sehr geehrter Herr Prof. Dr. Fabritius, Ihrer Meinung nach, hat der Volksrat immer noch kein Recht auf ein direktes Gespräch mit staatlichen Behörden, die speziell für die Aus- und Spätaussiedler verantwortlich sind. Ihre Absage argumentieren Sie noch damit, dass der Volksrat eine neue Vereinigung ist, was wiederum nicht stimmt. Der Volksrat hat sich ganz deutlich als eine Nachfolgevereinigung von mehreren Vertretungsverbänden der 30-jährigen Rehabilitationsbewegung der Russlanddeutschen positioniert.

Im Allgemeinen finden wir Ihre Begründung lächerlich und skandalös! Und wir vermuten, dass Sie das staatliche Amt bei der Bundesregierung für bestimmte politische Ziele missbrauchen. So darf es in einem demokratischen Staat nicht sein. Dagegen werden wir uns wehren, sowohl gesellschaftspolitisch, wie auch auf dem rechtlichen Weg!

Mit freundlichen Grüßen

Waldemar Herdt
Mitglied des Deutschen Bundestages
Vorsitzender des Volksrates der Russlanddeutschen